

Bericht über die Entwicklung in Polen im Monat April 1956

A. Innre Entwicklung

I. Politisches Leben

1. Machtkampf in Polen	1
2. Weitere personelle Veränderungen in der Regierung	4
3. OGHAB bremst die Kritik	4
4. CYRANKIEWICZ kontert	6
5. Die neue Rolle des Parlaments	7
6. Amnestie	8
7. Verhaftungen unter den ehemaligen Leiter des SSD	9
8. Mailösungen in Polen	10

II. Wirtschaft

1. Staatshaushalt für das Jahr 1956	10
2. Erhöhung der Mindestlöhne	11
3. Sparen, sparen...	12
4. "Laßt die Leute eigene Häuser bauen"	13
5. Katastrophale Lage der Forstwirtschaft	13
6. Erweiterung der Befugnisse der Fabrikdirektoren	14

III. Kulturelles Leben, soziale Probleme

1. Session des Kulturrates in Warschau	14
2. Beratungen der polnischen Architekten	16
3. Bevölkerungszuwachs in Polen	17
4. Anti-Alkoholgesetz	17
5. Parlamentsdebatte über Schwangerschaftsunterbrechung und Jugenderziehung	18
6. Gesundheitswesen und Krankenversicherung	20
7. Frauenarbeit	21
8. Das Problem der ehemaligen Teilnehmer der Widerstandsbewegung	21

B. Beziehungen zum Ausland

1. Besuch französischer Senatoren in Polen	22
2. Polens Ministerpräsident zur deutschen Frage	22
3. Der Außenhandel Polens	23
4. Polens Außenhandel mit der Sowjetunion	25

A. Innere Entwicklung

I. Politisches Leben

1. Machtkampf in Polen

Die neue Situation in Polen, die als Folge des Wandels der sowjetischen Politik nach dem XX. Parteikongreß in Moskau und nach dem Tode BIERUTS entstanden ist, wird durch den Machtkampf zweier Gruppen gekennzeichnet. An der Spitze dieser zwei Gruppen stehen der neue Erste Sekretär des Zentralkomitees der Partei - Edward OCHAB - und der Ministerpräsident - Jozef CYRANKIEWICZ. Während CYRANKIEWICZ sich zum Fürsprecher aller derjenigen machte, die daran interessiert waren, die Diskussion über die in den letzten zehn Jahren begangenen Fehler fortzusetzen und die Lehren aus den begangenen Fehlern zu konkreten Maßnahmen werden zu lassen, versuchen OCHAB und seine Leute, sich auf den Standpunkt zu stellen, daß die geführte Diskussion schon jetzt Formen angenommen hat, die sich in ihrer Konsequenz als sehr gefährlich für Partei und das ganze Regime zeigen könnten. So hat OCHAB schon mehrere Male, besonders die Presse und "gewisse Genossen" gewarnt, sich nicht von der Unvernunft hinreißen zu lassen und dem Feinde Vorschub zu leisten.

Es muß dabei zugegeben werden, daß die Diskussion, die jetzt in Polen im Gange ist, in ihrer kritischen Schärfe alles übertrifft, was man in den anderen Satellitenländern und in der Sowjetunion selbst gelesen und gehört hat. Besonders scharfe Formen hat die Diskussion auf dem "kulturellen Sektor" angenommen. Hier wurden Stimmen laut, daß alle diejenigen, die in den letzten Jahren nach Stalins Muster regierten und dirigierten, jetzt als kompromittiert gelten und an ihre Stelle neue Männer treten sollen. "Warum sollen ausgerechnet diejenigen die Maschine reparieren, die sie kaputt gemacht haben?" fragte einer der Literaten während der berühmt gewordenen Session des Kulturrates in Warschau.

Die Bevölkerung, auch die kleinen Parteimitglieder, haben die Moskauer Abkehr vom Stalinismus und den daraufhin folgenden Wandel der sowjetischen Politik als ein Signal angesehen, daß das in den letzten zehn Jahren begangene Unrecht zumindest teilweise gut gemacht wird, daß politisch gesehen, jetzt ein liberaler Kurs eingeschlagen und die materielle Lage der Menschen in Polen nunmehr verbessert wird. Es ist selbstverständlich, daß sich jeder "kleine Mann" hinter die Leute stellen wird, von denen er erwartet,

daß sie gewillt sind, dies zu verwirklichen. Daher die steigende Popularität, deren sich CYRANKIEWICZ erfreut und der kaum verhüllte Haß, mit dem man OCHAB begegnet, von dem man annimmt, er würde alles tun, um die begonnene Entwicklung zu bremsen und aufzuhalten.

So kann also im Augenblick CYRANKIEWICZ der Unterstützung der breiten Bevölkerungsmassen sicher sein. Er weiß aber aus langer Erfahrung, daß dies in einem sowjetischen oder volksdemokratischen System nicht genügt, um sich politisch den Rücken zu stärken. Er versucht also ein Weiteres und besetzt mit seinen Leuten die freigewordenen Stellen im Verwaltungsapparat.

Er konnte zwei von seinen ehemaligen sozialistischen Parteigenossen in die Regierung schleusen. Der erste ist das stellvertretende Politbüromitglied und der bisherige Minister für Hochschulwesen - Adam RAPACKI - der jetzt den viel wichtigeren Posten des Außenministers bekommen hat. RAPACKI war zusammen mit CYRANKIEWICZ schon vor dem Kriege Mitglied der Polnischen Sozialistischen Partei in Krakau und gehörte nach dem Kriege zu den Verfechtern der Vereinigung mit der kommunistischen "Bruderpartei". Er wurde 1948 in das neue Politbüro der vereinigten Partei aufgenommen, besaß aber niemals viel Einfluß und wurde nach dem II. Parteikongreß in Warschau (März 1954) zum Politbüro kandidaten degradiert. Auch das Ministerium für Hochschulwesen, das er bis jetzt leitete, war eines der unbedeutendsten. Obwohl niemand behaupten wird, daß auch in einer, durch die Ereignisse der letzten drei Monate veränderten Lage Polen eine selbständige Außenpolitik machen kann, ist es durchaus denkbar, daß Polen viel mehr unmittelbare Kontakte mit der freien Welt haben wird als bisher. Und in dieser Situation ist die Person des neuen Außenministers nicht ohne Bedeutung.

Der zweite Posten, der in der Regierung von CYRANKIEWICZ neu besetzt wurde, ist der Posten des Justizministers. Zofia WASIKOWSKA - der neue Justizminister - ist ebenfalls ein ehemaliges Mitglied der Sozialistischen Partei. Sie war nach dem Kriege Richter des Obersten Gerichtshofes in Warschau, später war sie in der demokratischen Frauenliga und in den letzten vier Jahren in der Gewerkschaftsbewegung tätig. Ihr Vorgänger, der ehemalige Justizminister SWIATKOWSKI, übrigens früher auch ein prominenter Sozialist, mußte den Platz räumen, nicht etwa deswegen, weil man in ihm den Verantwortlichen für die Mißstände im Justizwesen sah. Er war während seiner Amtszeit immer eine einflußlose Marionette, der eigentlich nur als Opfer seines Ressorts zu betrachten ist. Man ist in Warschau einfach

zu den Schluß gekommen, daß ein Wechsel im Justizministerium einen guten Eindruck auf die Bevölkerung machen würde und hat einen Mann geopfert, der sowieso durch sein Alter und angegriffenen Gesundheitszustand für das Regime nicht mehr nützlich sein konnte.

Gleichzeitig wurde auch der bisherige Generalstaatsanwalt, KALINOWSKI, ein fanatischer kommunistischer Funktionär, abberufen und ein Mann aus der Umgebung CYRANKIEWICZs - Marian RYBICKI - an seiner Stelle ernannt. RYBICKI, der vor der "Vereinigung" im Exekutivkomitee der Sozialistischen Partei war, bekleidete den politisch wenig exponierten Posten des Sekretärs des Staatsrates. Seine Ernennung wurde in Warschauer Kreisen als ein Beweis dafür kommentiert, daß von nun an die Tätigkeit des Justizapparates einer unmittelbaren Kontrolle CYRANKIEWICZs unterworfen wird.

Auch OCHAB beeilt sich, seine Position weiterhin zu stärken, indem er in das Sekretariat des Zentralkomitees zwei seiner Leute berief. Es sind dies die neuen Sekretäre Jerzy ALBRECHT und Edward GIEREK. ALBRECHT ist der Bruder des jetzigen Botschafters der polnischen Regierung in Pankow. ALBRECHT war bisher Oberbürgermeister der Stadt Warschau. Er gilt als eine sehr mittelmäßige Figur, hat bei der Liquidierung der GOMULKA-Gruppe in den Jahren 1948/49 gewisse Verdienste errungen und erfreut sich seit diesen Tagen nicht des besten Rufes unter den weniger fanatischen Parteimitgliedern der Parteispitze. Er hat bis jetzt keinen führenden Posten in der Partei bekleidet und verdankt seinen Aufstieg ausschließlich OCHAB. Der zweite neue Mann im Sekretariat des Zentralkomitees ist Edward GIEREK, früher Parteisekretär der Wojewodschaft Kattowitz, zuletzt Leiter der Abteilung Schwerindustrie beim Zentralkomitee der Partei. Er ist als ein guter Organisator bekannt und - im Gegensatz zu dem "Intelligenzler" ALBRECHT - ein echter Sohn der Arbeiterklasse.

Man kann jetzt nicht voraussehen, ob es zwischen den beiden Gruppen zu einem offenen Kampf - oder zu einem Ausgleich kommt. Vorläufig versucht jeder, seine Position zu untermauern, wobei man es als eine Schwäche CYRANKIEWICZs betrachtet, daß er im eigentlichen Parteiapparat so gut wie keinen Einfluß besitzt. In Warschau wird oft die Befürchtung laut, der sich abzeichnende Machtkampf der beiden Gruppen könnte in der Folge für die Bevölkerung Unheil bringend werden. Wenn beide Rivalen, oder einer von ihnen auf den Gedanken käme, in Moskau eine Rückenstärkung für sich zu suchen, würde das in der Konsequenz dem Prozeß der fortschreitenden Verselbständigung eines Satellitenstaates neue Schwierigkeiten in den Weg legen.

2. Weitere personelle Veränderungen in der Regierung

Der bisherige Außenminister Polens - Stanislaw SKRZESZEWSKI - wurde zum Sekretär des Staatsrates anstelle von Marian RYBICKI ernannt, der zum Generalstaatsanwalt nominiert wurde. Der bisherige Kultusminister - Wlodzimierz SOKORSKI - wurde als der Verantwortliche für die auf dem kulturellen Sektor begangenen Fehler seines Postens enthoben und zum Präsidenten der polnischen Rundfunkgesellschaft ernannt. An seine Stelle tritt Karol KURYLUK, der schon vor dem Kriege eine, den Kommunisten nahestehende Zeitschrift "Sygnaly" redigierte, nach dem Kriege die literarische Zeitschrift "Odrodzenie" leitete, die vorübergehend einmal verboten wurde, und später auf einen unbedeutenden Posten abgeschoben wurde. Er ist kein Mann von großem Format, hat sich aber in der Zeit, in der der "Sozialrealismus" in der Literatur und Kunst wütete, wenig hervorgetan, und so gilt er als nicht kompromittiert. Seine Nominierung hat man im allgemeinen als ein Zeichen dafür ausgelegt, daß man nun nicht beabsichtigt, das kulturelle Schaffen in dem Maße wie bisher zu reglementieren.

Der ehemalige Minister für die Öffentliche Sicherheit - Stanislaw RADKIEWICZ - der nach der Auflösung seines Ministeriums das Ressort der Staatsgüter in der Regierung übernahm, wurde jetzt endgültig aus der Regierung ausgebootet. Man hat dabei offiziell festgestellt, daß er in seiner jahrelangen Amtszeit als Sicherheitsminister viele Fälle von Verletzung der "Gesetzlichkeit" geduldet hat. Die Abberufung RADKIEWICZs, der ein Ausschluß aus dem Politbüro sicher folgen wird, kam nicht überraschend. Er war schon seit Dezember 1954, als man ihn zum Minister für Staatsgüter ernannte, ein politisch "toter Mann". Sein Nachfolger im Ressort für Staatsgüter wurde der ehemalige Anhänger GOMULKAs - LIECZYSLAW MOCZAR - der schon kurz nach dem Tode STALINS rehabilitiert wurde. Er wurde als stellvertretendes Mitglied Zentralkomitees ernannt und in der letzten Zeit war er Chef der Verwaltung in der Wojewodschaft Allenstein. Sein neues Ressort gilt nicht als eines der wichtigen in der Regierung, es ist aber immerhin bezeichnend, daß ein ehemaliger GOMULKA-Mann einen Regierungsposten bekommen hat.

3. OCHAB bremst die Kritik

Am 6. April vor dem Parteiaktiv in Warschau:

"...Manche Genossen scheinen den Kopf zu verlieren und fangen an, den Unterschied zwischen einer berechtigten Kritik und den parteischädigenden Auftritten nicht mehr zu sehen. Das kommt auch in den Spalten der Presse zum Ausdruck. Die Tatsache, daß man in der Presse gegen die Partei auftritt, ist ein Beweis einer ungesunden Entwicklung, eines

Verschwindens des Verantwortungsgefühles und einer Verwirrung der Begriffe. Viele in der Presse schreibende Autoren scheinen sich völlig verloren zu haben und hysterisch geworden zu sein. In Worten geben sie ihrer Besorgnis um die Interessen der Partei Ausdruck, aber in Wirklichkeit schädigen sie diese Interessen. ... Umsonst aber freuen sich unsere Feinde und spekulieren auf Zwietracht und Chaos in unseren Reihen..."

In einem Artikel, der am 29. April in der Moskauer "Prawda" veröffentlicht wurde, steht u. a.:

"LENIN hat oft darauf hingewiesen, daß die Freiheit der Kritik eine Voraussetzung der innerparteilichen Demokratie ist, wenn diese Kritik die Einheit der Partei nicht gefährdet. Man muß aufmerksam aufpassen, daß die Freiheit der Kritik nicht zum Schaden der Partei mißbraucht wird und nicht die Einheit der Partei gefährdet. In manchen Organisationen unserer Partei kommt es zu Auftritten, die eine ideologische Labilität beweisen. Manche glauben, die politische Linie der Partei überhaupt leugnen zu können.

Selbstverständlich sind wir stark genug, um solchen parteischädigenden Auftritten wirksam entgegenzutreten... Manche kleinbürgerlichen Elementen in Polen wollen die Aufmerksamkeit der Massen ausschließlich auf die von Stalin begangenen Fehler lenken und das Vertrauen zu der Richtigkeit der politischen Linie der KPdSU untergraben. Dieselben Versuche haben wir aber auch in der Presse festgestellt. Im Rahmen der im allgemeinen nützlichen Diskussion, die jetzt in Polen im Gange ist, kam es auch zu opportunistischen, parteischädigenden Akzenten. Manche Redaktionen wußten solchen Versuchen nicht gebührend entgegenzutreten...

Das polnische Volk, und insbesondere die polnische Arbeiterklasse, wird aber den Verleumdern und Opportunisten eine richtige Antwort zu erteilen wissen. Sie wird den gegen die Interessen Polens wirkenden Sinn der antisowjetischen Auftritte zu entlarven verstehen, auch wenn diese Auftritte sich einer hochtrabenden Phraseologie bedienen."

Und am 21. April bei der Ansprache an der Leninkademie in Warschau:

"Wir können unseren sowjetischen Brüdern versichern, daß es keine Machenschaften der imperialistischen Abenteurer und Überreste der

Reaktion vermögen, unser Bündnis und die ewige Freundschaft mit der Sowjetunion zu schwächen."

In ähnlichem Sinn ließ sich Radio Warschau gegen eine "Übertreibung der Kritik" aus. Am 29. 4. hieß es in einem offiziellen Kommentar:

"Hören wir den Gesprächen zu. Häufig klingt in ihnen eine anarchistische Note durch. Wenn der Personenkult schädlich ist, dann hinweg mit allen Autoritäten, Führern, Leitern..."

Unlängst lasen wir z.B. in der Wochenzeitschrift "Poprostu" die Feststellung eines jungen Lesers, die uns beunruhigen muß. Im Ergebnis bitterer Erwägungen zum Thema Personenkult kam er zu der Schlußfolgerung: Es gibt keine Autoritäten, angefangen beim Sekretär der Parteizelle und endend beim Sekretär des Zentralkomitees...

Ist das die richtige Anschauung? Nein, die Geschichte verneint nicht, daß einzelne Persönlichkeiten eine bedeutende Rolle spielen können... Nur so (mit dieser Erkenntnis also - d. Red.) wächst die Autorität der Führer, wie es die KP und ihr ZK ist..."

Aus diesen Zitaten kann man am besten das ganze Ausmaß der Stimmung nicht nur unter der Bevölkerung, sondern auch unter den Parteimitgliedern herauslesen; gleichzeitig aber auch die ganze Kopflosigkeit der Verwaltungs- und Parteiorgane, der Redaktionen der Zeitungen usw. Die ganze, jahrelang angestaute Wut der halbhungrigen und elend lebenden Bevölkerung machte sich auf einmal Luft. Es kann nicht überraschen, daß bei solchen Gelegenheiten derartig hohe Funktionäre, wie der Sekretär des ZK - Wladislaw MATWIN auf den Parteiversammlungen in Lodz und vor den Warschauer Studenten einfach ausgepiffen wurden, und daß man den sowjetischen Botschafter in Warschau - PONOMARENKO - auch in Parteikreisen respektlos nur als "dieser Idiot" bezeichnet.

4. CYRANKIEWICZ kontert ...

Aus dem Exposé des Ministerpräsidenten bei der Eröffnung der Parlamentstagung in Warschau am 23. April:

"Die gesunde Woge der Kritik, die Belebung und die grundsätzliche Richtung der Diskussion in Partei - und nicht von der Partei einberufene Versammlungen, der Diskussion in der Presse, jene große Debatte, an der wir uns genau genommen alle beteiligen, zeugt davon, daß

gewissermaßen pausenlos eine gesamt nationale Beratung des politischen Aktivs stattfindet, das die Probleme unseres Landes, die Fragen des Sozialismus berät. Ein Merkmal dieser Beratung ist, daß sie von einer bisher unbekannten Intensivierung der politischen Anteilnahme begleitet wird, daß das an ihr teilnehmende politische Aktiv um ein vielfaches zahlreicher ist als jemals zuvor. Es ist einfach die Zeit angebrochen, wo jeder bewußte Bürger zu einem Aktivisten wird. Hier und da fallen in dieser Diskussion nicht richtig ausgewählte Worte, nicht bis zum Schluß durchdachte Gedanken, ungeschickte Formulierungen, zu schnelle Schlußfolgerungen. Wie könnte man es aber auch anders erwarten..."

Die Gegenüberstellung dieser Äußerungen CYRANKIEWICZs mit denen OCHABs veranschaulicht den großen Unterschied, den die Leiter beider um die Macht kämpfenden Gruppen bei der Beurteilung der jetzt geführten Diskussion an den Tag legen. Kommentare erübrigen sich.

"Wir stehen am Beginn eines neuen historischen Prozesses der Demokratisierung unseres politischen und wirtschaftlichen Lebens..."

sagt CYRANKIEWICZ und appelliert ganz offensichtlich an die breite Masse der Bevölkerung.

5. Die neue Rolle des Parlaments

Die letzte Session des polnischen Parlaments begann schon im Zeichen der neuen politischen Situation, die durch die Moskauer Abkehr vom Stalinismus eingeleitet wurde. Der Tagung des Parlaments gingen die Sitzungen der verschiedenen Parlamentsausschüsse voraus. Schon während der Sitzungen dieser Ausschüsse wurde es klar, daß die Kommunisten einen Versuch machen würden, durch ein billiges Manöver den Anschein zu erwecken, das Parlament spiele jetzt eine größere Rolle. Viele Abgeordnete hatten nämlich Kritik an den Zuständen laut werden lassen, unter denen das konstitutionell wichtigste Organ des Staates zu völliger Bedeutungslosigkeit herabgesunken sei, die es zu einem untergeordneten Organ der Exekutive stempelte. Jetzt wurde von allen Seiten der Ruf laut; den Sejm die ihm zustehende Rolle wieder zurück zu geben. Alle diese kritischen Stimmen faßte der Ministerpräsident CYRANKIEWICZ in seinem Eröffnungsexposé zusammen:

"Auf der Entwicklungslinie zur größeren und vollständigeren Demokratisierung unseres Lebens befindet sich auch der Sejm. Heute beginnen wir die richtigen Formen und die richtige Praxis auszuarbeiten. Wir wollen, daß der Sejm tatsächlich zu dem wird, was er laut Verfassung sein soll: Die höchste gesetzgebende und die Tätigkeit unserer Staatsorgane kontrollierende Körperschaft. In der Praxis der Sejm-Kommissionen der letzten Zeit haben wir gesehen, daß große Anstrengungen unternommen werden, damit der Sejm diesen seinen Funktionen gerecht wird. Ohne Zweifel werden wir mit der bisherigen Praxis brechen müssen, den überwiegenden Teil der Gesetze in Form von Erlassen in Kraft zu setzen, ohne daß sie in den Sejmkommissionen beraten werden. Im Prinzip muß es die Regel sein, daß die Gesetze vom Sejm verabschiedet werden. Das Erlassen von Dekreten in Fällen, wo es die staatlichen Belange tatsächlich erfordern, darf nur eine Ausnahme sein."

Es ist nun klar, daß die offizielle Herausstellung des Sejms im wesentlichen als ein politischer Trick gedacht ist, weil es schon ein anderes Gremium, eine andere "Körperschaft" gibt, die (zwar sehr entfernt) eine ähnliche Rolle ausübt, wie sie ein Parlament ausüben müßte - das Zentralkomitee der Partei. Da man jetzt über die Arbeit des Parlaments der Bevölkerung Rechenschaft geben will, so entsteht - ob mit oder gegen den Willen der Machthaber - noch eine weitere öffentliche Tribüne, von der aus Kritik an der Tätigkeit der Staatsorgane geübt werden kann. Diese Kritik kann zwar gelenkt werden, aber doch nur zum Teil. Es bietet sich immer noch ein bescheidener Platz für echte Kritik, an der die Bevölkerung interessiert ist.

6. Amnestie

Eine der ersten Aktionen des Parlaments auf der letzten Tagung war die Verabschiedung eines Amnestiegesetzes, das vier Gruppen von Vergehen umfaßt. Die beiden ersten Gruppen sind Vergehen "staatsfeindlichen Charakters", sowie leichtere allgemeine Verstöße (z. B. Verletzung der Arbeitsdisziplin). Die dritte Gruppe betrifft Vergehen von Personen, die aus dem Ausland nach Polen zurückgekehrt sind, bzw. bis zum 22. Juli 1957 zurückkehren werden. Die vierte Gruppe betrifft Vergehen, die aus der Zusammenarbeit mit den Okkupanten und der Fälschung des staatlichen Lebens im Polen der Vorkriegszeit hervorgegangen sind. Das Gesetz sieht vor, daß Straftaten, die mit Freiheitsentzug bis zu fünf Jahren geahndet wurden, als ungeschehen zu betrachten und zu vergeben sind. Die in der Höhe von fünf bis zehn Jahren verhängten Gefängnisstrafen werden auf die Hälfte herabgesetzt. Von den

Strafen über zehn Jahre wird ein Drittel erlassen.

Das Gesetz schließt von der Amnestie kriminelle Verbrechen aus, die von rückfällig gewordenen Tätern begangen wurden. Eine völlige Amnestie ist für Taten vorgesehen, die entweder während der Okkupation, kurz nach der "Befreiung" Polens oder im Ausland von Emigranten begangen wurden, die freiwillig zurückgekehrt sind bzw. bis zum 22. Juli 1957 zurückkehren. Von der Amnestie ausgeschlossen sind dabei Handlungen "hitlerfaschistischer Verbrecher", die sich des Mordes und der Mißhandlung von Zivilpersonen und Gefangenen schuldig gemacht haben, und solche von "Verrätern am polnischen Volke". Das Amnestiegesetz betrifft etwa 80.000 Personen, von denen etwa 35.000 sofort aus dem Gefängnis entlassen werden.

Der Ministerpräsident CYRANKIEWICZ bezeichnet das Amnestiegesetz als

"einen Ausdruck des Selbstbewußtseins unserer Partei und der Stärke unseres Staates",

warnte aber eindringlich

"alle diejenigen, die glauben, in dieser Amnestie die Ankündigung einer Straffreiheit für jene zu sehen, die in Zukunft unser System gefährden wollen."

Nach der Veröffentlichung des Amnestiegesetzes hat das Gesundheitsministerium eine Verordnung erlassen, nach der alle aus dem Gefängnis Entlassenen drei Monate lang eine unentgeltliche ärztliche Betreuung erhalten werden. Diese Verordnung erstreckt sich auch auf einen Aufenthalt in Krankenhäusern, Sanatorien usw.

7. Verhaftungen unter den ehemaligen Leitern des SSD

Die "Trybuna Ludu" vom 25. April meldet, daß zwei Tage vorher der ehemalige Vizeminister des aufgelösten Ministeriums für Staatssicherheit Roman ROMKOWSKI, und der Leiter der X. Abteilung dieses Ministeriums (Untersuchungsabteilung), Anatol FEJGIN, verhaftet worden seien. FEJGIN war der unmittelbare Chef der entflohenen SSD-Mannes SWIATLO, der über den Sonder RFE seine Enthüllungen über die polnische Sicherheitspolizei machte. Er war zusammen mit SWIATLO in Westberlin gewesen, als dieser sich entschloß zu fliehen und ihn einfach alleine auf der Straße stehen ließ. Als FEJGIN damals nach Warschau zurückgekehrt war, wurde er seines Postens enthoben. In diesem Zusammenhang lohnt

es, sich daran zu erinnern, daß im Herbst 1955 ein anderer hoher Sicherheitsfunktionär - der Vizeminister ROZANSKI - zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt wurde (u. a. wegen Aussageerpressung). Bei der jetzt stattfindenden Diskussion wurden Stimmen laut, die erklärten, daß das Strafmaß empörend niedrig gewesen sei.

8. Mailösungen in Polen

Unter den Lösungen des Zentralkomitees der Polnischen Partei für den 1. Mai 1956 gibt es unter Nr. 8 und 10 folgende:

"Wir grüßen die Deutsche Demokratische Republik - ein Bollwerk für ein friedliches, demokratisches, vereinigt Deutschland. Wir grüßen die deutschen Friedenskämpfer, die gegen die Umwandlung Westdeutschlands in einen neuen Herd der Aggression kämpfen."

"Wir grüßen das französische Volk, mit dem uns jahrhundertelange traditionelle Freundschaft verbindet. Es lebe die Solidarität des polnischen und französischen Volkes im Kampf um die Abrüstung und gegen die Wiedergeburt des deutschen Militarismus."

II. Wirtschaft

=====

1. Staatshaushalt für das Jahr 1956

Am 23. April legte der Finanzminister der Volksrepublik Polen, Tadeusz DIETRICH, dem Parlament das Projekt des Staatshaushaltes für das Jahr 1956 vor. Dieser sieht Einnahmen in Höhe von 141,3 Mld. Zloty und Ausgaben in Höhe von 136,7 Mld. Zloty vor. Im Vergleich zum Staatshaushalt des Jahres 1955 sollen die Einnahmen um 6,9 %, die Ausgaben um 7,1 % wachsen. Den Hauptteil des Budgets bilden die Einnahmen der sozialisierten Wirtschaft mit 86,7 %. Bei den Ausgaben sieht man für die nationale Wirtschaft Ausgaben in Höhe von 73,4 Mld. Zloty vor. (Davon für Industrie: 36,4 Mld., für Landwirtschaft 13 Mld., für Straßenbau, Transport usw. 11,4 Mld.) Für soziale und kulturelle Zwecke hat man 32 Mld. bestimmt. Die Ausgaben für die nationale Verteidigung betragen 12,1 Mld. Zloty, das bedeutet 9,2 % der

Gesamtausgaben und 7 % weniger als im Vorjahr.

Minister DIETRICH betonte in seiner Rede, die Herabsetzung der Ausgaben für Militärzwecke sei ein Beweis dafür, daß Polen die Entspannung der internationalen Lage als eine Realität betrachte.

2. Erhöhung der Mindestlöhne

Die vom 1. Parteisekretär OCHAB angekündigte Erhöhung der Mindestlöhne, die unter 500 Zloty im Monat liegen, sollte ursprünglich erst am 1. Mai in Kraft treten. Nach einem Beschluß des Ministerrates wurde diese Erhöhung dann aber rückwirkend vom 1. April gezahlt. Laut "Trybuna Ludu" vom 8. April gab es in Polen eine halbe Million Menschen, die weniger als 500 Zloty im Monat verdienten. Es handelt sich dabei um Bürodiener, Boten, Gefängniswärter, ungelernte Arbeiter, die nicht im Akkord arbeiten (Tagelöhner) usw. Die Mehrzahl dieser schlecht bezahlten Menschen arbeitet jedoch im Gesundheitswesen, in der Landwirtschaft, Verwaltung und dem Schulwesen. Sie werden jetzt alle durchschnittlich mindestens 500 Zloty im Monat bekommen. Außer ihnen werden von der Lohnerhöhung noch viele andere Lohnempfänger profitieren, insgesamt 3,4 Mill. Beschäftigte. (Die Gesamtzahl der Beschäftigten in Polen beträgt 6,5 Mill.)

Für die Erhöhung der Löhne und Renten wird man jährlich 5 Mld. Zloty ausgeben.

Ein Durchschnittslohn in der "sozialistischen Wirtschaft" beträgt jährlich 13.371 Zloty. Im Kohlebergbau beträgt der jährliche Durchschnittslohn 20.587, in der Metallurgie 18.077 und in der Maschinenindustrie 15.487 Zl. Weniger als im Landesdurchschnitt verdienen die Arbeiter der Textilindustrie (10.860) und der Lebensmittelindustrie (11.961). Am wenigsten verdienen die im Gesundheitsdienst (9.072) und im Schulwesen (10.232) Beschäftigten. Das Durchschnittsgehalt eines Verwaltungsangestellten beträgt 12.121 Zl., im Bauwesen 16.060 und im Verkehrswesen 13.060 Zl.

Laut OCHAB plant man in den nächsten fünf Jahren eine Erhöhung der Reallöhne um weitere 30 %. Die bisherigen Maßnahmen zur Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung sind zu bescheiden, um eine wirkliche Veränderung der materiellen Lage der Menschen in Polen hervorzurufen. Die kürzlich veröffentlichten Berichte über die Steigerung der Reallöhne in Polen in den letzten sechs Jahren, aus denen hervorging, daß sie um

27,6 % gestiegen seien (siehe Februarbericht) werden jetzt allgemein mit Spott kommentiert. Ein geflügelter Witz darüber:

"Was für einen Unterschied gibt es zwischen der Erhöhung der Real-löhne im Sechsjahrplan und der Hebung eines Vorhanges im Theater? -

Antwort: - Wenn der Bühnenvorhang hochgezogen wird - kann man es sehen."

3. Sparen, Sparen

Mehrere Monate dauert schon die öffentlich in der Presse geführte Diskussion über die Richtlinien des Fünfjahrplanes für 1956 - 1960. Das Bezeichnendste dabei ist die Tendenz, die Investitionen für den Ausbau der Wirtschaft (vor allem der Industrie) auf möglichst geringer Höhe zu halten. Der Hang zum "Kolossalen" - zu den Industriegiganten, die ohne Rücksicht auf finanzielle Verluste gebaut wurden, ist jetzt überwunden. Die ersparten Gelder sollen für den Wohnungsbau, zur Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung, und, wie die Eingeweihten wissen wollen, als Hilfe für die unentwickelten außereuropäischen Länder verwendet werden. Man ist in Warschau der Meinung, Moskau habe sich mit seiner großsprecherischen Bereitschaft, allen unentwickelten Ländern zu helfen, mächtig übernommen und versuche jetzt, die Satellitenstaaten dafür heranzuziehen.

Das "Sparprogramm" kam auch im Exposé des Ministerpräsidenten vor dem Parlament zum Ausdruck:

"Was den Ausbau der Industrie betrifft, so ist die Hauptaufgabe des Fünfjahrplanes ... im Verlauf des Sechsjahrplanes geschaffenen Produktionskapazitäten weitgehendst auszunützen; also Einsparungen an Investitionen und am Ausbau des Produktionspotentials, gestützt auf den technischen Fortschritt."

("Trybuna Ludu" vom 24. 4.)

4. "Laßt die Leute eigene Häuser bauen..."

Man hat neulich in der Presse festgestellt, daß der Wohnungsbau in den Städten mit dem Zuwachs der städtischen Bevölkerung nicht Schritt halten kann. Fast alle Wohnungen in den Städten werden jetzt aus staatlichen Mitteln gebaut, und nur 2 % des im Jahre 1955 gebauten Wohnraums wurden auf genossenschaftlicher Basis errichtet. Private Initiative ist so gut wie ausgeschlossen.

Die "Trybuna Ludu" vom 16. April entdeckte plötzlich, man könne ja den Menschen erlauben, für eigenes Geld eigene Häuser zu bauen. Dies brauche nicht unbedingt die Grundlagen der sozialistischen Wirtschaft zu gefährden. Leute, die sich derartiges leisten könnten, soll es nach Meinung der Zeitung auch in Polen geben, und sie werden aufgezählt: Stachanowarbeiter in Bergbau und Bauwesen, Betriebsdirektoren, Chefingenieure, Ärzte, manche Gruppen von Handwerkern und schließlich Familien, von denen alle Mitglieder im Beruf stehen und die deshalb höhere Einkünfte haben. Alle diese Menschen würden gerne ihren Traum vom eigenen Wohnhaus verwirklichen, wenn man es ihnen nur gestatte.

5. Katastrophale Lage der Forstwirtschaft

Der Minister für Forstwirtschaft, DĄB-KOŚCIEL, stellte vor dem Ausschuß des Parlaments fest, daß die Lage in seinem Ressort katastrophal sei. Dies sei die Folge des jahrelangen Raubbaues in den Kriegsjahren und der Fehler, die man nach dem Kriege begangen habe. In manchen Landesteilen beobachtet man schon die ersten Anzeichen der Versteppung, was sich sehr ungünstig auf die Landwirtschaft auswirke. Der Forstbestand in Polen beträgt zur Zeit noch 25 % der Gesamtfläche. Um den Forstbestand wenigstens auf der jetzt noch bestehenden Fläche zu halten, dürfe man künftig nicht mehr als 12 Millionen Kubikmeter jährlich abholen. Im Jahre 1955 seien aber 17 Mill. Kubikmeter Holz geschlagen worden, während man für das Jahr 1960 noch immer einen Einschlag von 14 Mill. Kubikmetern plane. Wenn das so weiter ginge, werde man im Jahre 1965 nicht eine einzige hundertjährige Kiefer mehr haben.

"Wir handeln wie Irrsinnige..."

stellte der Minister fest und gab an, daß die Hauptverbraucher des Holzes Bauindustrie, Zellulosefabriken, Kohlengruben und ... Privatverbraucher seien, die Holz als Heizmaterial benutzen. Diese Feststellungen des ver-

antwortlichen Ressortleiters sind eine gewisse Überraschung für die Öffentlichkeit, die sechs Jahre lang informiert wurde, daß der "Volksstaat" mit Mühe die verheerenden Einwirkungen der Raubwirtschaft in den Kriegsjahren nach und nach beseitigt habe und jetzt auf dem besten Wege sei, einen gesunden Zustand der Forstwirtschaft herzustellen. Dait ging eine weitere Legende in Trümmer.

(Lt. "Zycie Warszawy" 15./16.4.)

6. Erweiterung der Befugnisse der Fabrikdirektoren

Das Zentralkomitee der Partei und der Ministerrat haben in einem gemeinsamen Beschluß eine Erweiterung der Befugnisse der Fabrikdirektoren beschlossen. Die Befugnisse der Direktoren erstrecken sich auf Planung, Investitionspolitik, Beschäftigung, Lohnfragen und Finanzierungspolitik des Betriebes.

Der neue Beschluß ist ein weiterer Schritt auf dem Wege der fortschreitenden Dezentralisierung der Wirtschaftsplanung und -lenkung in Polen.

(Lt. "Glos Pracy" vom 10. 4.)

III. Kulturelles Leben, Soziale Probleme

=====

1. Session des Kulturrates in Warschau

Der Kulturrat ist ein beratendes Organ des Kultusministeriums. Die letzte XIX.Session dieser Körperschaft, zu der viele Vertreter der "Kulturschaffenden" gehören, fand unter dem Zeichen der durch die Abkehr vom Stalinismus ausgelösten Kritik statt und wurde zu einer generellen Abrechnung mit der Vergangenheit. Die Session fand zwar schon Ende März statt, den ausführlichen Bericht brachte aber erst die Zeitschrift "Przeglad Kulturalny" vom 5.-12. April.

Die Ansprachen und Diskussionsstimmen vieler führender Schriftsteller und Künstler erwecken fast den Eindruck, als seien sie für irgendeine anti-kommunistische polnische Exilzeitschrift geschrieben. Ein paar Zitate, die wir hier wiedergeben wollen, erübrigen jeden Kommentar.

Antoni SLONIMSKI, Dichter, Feuilletonist, schon vor dem Kriege bekannt, damals linksorientierter Liberaler:

"Die Verfolgung des kritischen Denkens im Anfangsstadium der Renaissanceepoche oder im 17. und 18. Jahrhundert kommt uns im Vergleich zu den Zeiten, die wir eben erlebt haben und die sich jetzt ihrem Ende nähern, wie ein Idyll vor. Man hat uns gelehrt, daß nur ein fortschrittliches Werk schön sein darf. Und immer kam ein Magier, der uns bewies, daß die Kathedrale von Notre Dame entweder nicht schön sei oder, wenn es bequemer war, daß sie ein fortschrittliches Werk sei.

Zahlreiche Thesen des sozialistischen Realismus widersprechen der Jahrhunderte alten Erfahrung und dem gesunden Menschenverstand...

Die Freiheit des Wortes, die konstitutionell garantiert wurde, darf nicht mehr zu einer Spielerei in den Händen anonymer Bürokraten werden... Wir verlassen das Dunkel des Mittelalters. Es gibt in Polen junge Kräfte, gesunde Köpfe und Charaktere, die lange auf diesen Moment gewartet haben. Heute muß ihre Stimme gehört werden."

Julian PRZYBOS, Dichter:

"In der Architektur hat man uns Eigenarten des angeblichen sozialistischen Realismus aufgezwungen - und manche haben ihn feige angenommen. Dies war weder Realismus, noch sozialistisch... Die meisten in den letzten Jahren entstandenen literarischen Werke waren entsetzlich...

Wenn man von der Architektur spricht, so müssen wir an die großen Errungenschaften der westlichen Architektur, an Corbusier, Wright u. a. denken."

Mieczyslaw JASTRUN, Dichter und Schriftsteller:

"Diejenigen, die hauptsächlich zu der Vernichtung der wahren Literatur und Kunst beigetragen haben, sitzen nicht hier in diesem Saal..."

Wladislaw BIENKOWSKI, ehemaliger GOMULKA-Anhänger, Kulturfunktionär:

"In der Zeit der aktiven, konterrevolutionären Tätigkeit mußte ein Apparat der Staatssicherheit existieren. Wir wissen jedoch, ein solcher Apparat wird nicht zu uns kommen und sagen: 'Bitte, unsere Aufgabe ist beendet, wir schlagen vor, unseren Etat um die Hälfte zu verringern.' Ein solcher Apparat hat noch nie auf der Erdkugel bestanden. Dieser Apparat 'arbeitete' also weiter. Und als es 'zu wenig' wirkliche Feinde gab, ging man dazu über, Volksfeinde zu machen, weil man sie brauchte, um die Existenz des Apparates und die Formen dieses 'kriegerischen Kommunismus' zu rechtfertigen..."

Witold WIRPSZA, Schriftsteller:

"Wußten wir wirklich nichts von den Entartungen und Verbrechen der zu Ende gehenden Epoche?..."

Karol ESTREICHER, Professor der Krakauer Universität, parteilos:

"Ich höre hier oft das Wort 'wir'. 'Wir' schrieben, 'wir' machten, 'wir' begingen Fehler ... was heißt hier 'wir'? Ich war es nicht, das muß man klar sagen. Es waren manche von uns, und die sollen jetzt die Konsequenzen tragen..."

Jerzy PUTRAMENT, Schriftsteller, Aufpasser des ZK im Verband der Schriftsteller, bisher eingefleischter Stalinist:

"Das müssen wir uns klar sagen: Die Zeiten, die hinter uns liegen, dürfen nie wiederkehren!"

2. Beratungen der polnischen Architekten

Eine ähnliche Atmosphäre, wie bei der Session des Kulturrates herrscht auch während der Beratungen der polnischen Architekten, die Ende März stattfanden und über die die Zeitschrift "Stolica" vom 8. April berichtete.

Professor GUTT, einer, der es in der Vergangenheit schwer hatte:

"Dem die sowjetische Architektur nicht gefiel, das war ein Feind. Es gab solche, die das sagten und glaubten - und das waren Idioten. Wer das aber sagte, ohne es zu glauben - war ein Schurke. Hier lag eine Quelle der Demoralisierung, denn genau der gleichen Methoden bediente sich auch der Faschismus."

Ing. SIGALIN, Chefarchitekt der Stadt Warschau:

"Es war nicht ein Marsch vorwärts, sondern rückwärts..."

Architekt Roman PIOTROWSKI, Minister für Wohnungsbau:

"Ich war einer derjenigen, die die dogmatisch aufgestellte Konzeption angenommen und gutgeheißen haben. Im Laufe der Zeit aber, als ich merkte, wie die Fehler immer offensichtlicher wurden, ergriff ich immer seltener das Wort. Die Tatsache aber, daß ich geschwiegen habe, verkleinert meine Verantwortung nicht."

Architekt LENDZION:

"Die Tätigkeit der 'Staatlichen Kommission für Wirtschaftsplanung' war wirtschaftlich schädigend..."

Architekt Professor SYRKUSOWA, Dozentin an der Technischen Hochschule:

"Mein größter und grundsätzlicher Fehler war mein Verhältnis zur sowjetischen Architektur. Ich glaubte fest, daß die Architektur eines sozialistischen Landes auch sozialistisch sein muß, das stimmt aber nicht..."

3. Bevölkerungszuwachs in Polen

Laut "Trybuna Ludu" vom 2. April war der Geburtenüberschuß Polens in den letzten Jahren folgendermaßen:

1951: 471.000

1952: 492.000

1953: 512.000

1954: 501.000

Im Jahresdurchschnitt betrug also der Überschuß etwa eine halbe Million jährlich. Davon entfielen 2/5 auf die Städte und 3/5 auf das Land.

4. Anti-Alkoholgesetz

Während seiner letzten Apriltagung verabschiedete das Parlament ein Anti-Alkoholgesetz, das eine Beschränkung des Ausschanks und des Verkaufs alkoholischer Getränke vorsieht. Das Gesetz ordnet eine Zwangsüberweisung von Alkoholikern in Entwöhnungsanstalten an.

Die Trunkenheit wird in Zukunft bei allen Delikten vom Richter als strafverschärfend angesehen. Der jährliche Konsum an Alkohol (umgerechnet auf

100 %igen Alkohol) beträgt pro Kopf der Bevölkerung (also nicht nur der erwachsenen Bevölkerung) 2,9 Liter. Der Alkoholismus im heutigen Polen gehört zu den schwerwiegenden sozialen Problemen.

5. Parlamentsdebatte über Schwangerschaftsunterbrechung und Jugenderziehung

Während der letzten Apriltagung verabschiedete das Parlament ein Gesetz über die Zulassung der Schwangerschaftsunterbrechung. Bis jetzt war sie nur in den Fällen erlaubt, in denen die Schwangerschaft das Leben der werdenden Mutter gefährdete. Jetzt darf der Eingriff auch dann durchgeführt werden, wenn die schwere wirtschaftliche Lage der schwangeren Frau dies als begründet erscheinen läßt, oder wenn die Schwangerschaft als Folge einer Notzucht entstanden ist. Das Gesetz sieht im Falle einer Übertretung seiner Vorschriften Strafen bis zu zehn Jahren Gefängnis vor.

Die drei im Parlament sitzenden Abgeordneten der "Fortschrittlichen" Katholischen Bewegung opponierten heftig gegen die Annahme dieses Gesetzes. Sie wiesen daraufhin, daß bis jetzt die Zahl der illegal durchgeführten Schwangerschaftsunterbrechungen etwa 300.000 jährlich betrug. Sie werde sich bei Annahme des Gesetzes verdoppeln. Die Verteidiger des Gesetzes stellten fest, daß diese 300.000 illegalen Eingriffe unter Umständen durchgeführt wurden, die das Leben und die Gesundheit der Frauen auf das schwerste gefährden und zu Hunderten von Todesfällen jährlich führten.

An dieser Parlamentssitzung ist nicht nur das behandelte Thema interessant. Wichtiger scheint der Umstand zu sein, daß seit langer Zeit erstmalig kein "einstimmiger Beschluß" gefaßt wurde und daß eine echte Diskussion stattgefunden hat.

Mit den gleichen Abgeordneten entspann sich über eine andere Frage eine heftige Diskussion. Katholische Abgeordnete wandten sich auf einer Sitzung der April-Session des polnischen Parlaments gegen die einseitig kommunistische Ausrichtung der Jugend im Staatsjugendverband ZMP. Sie verlangten, die weltanschauliche Basis des Verbandes zu erweitern und zumindest auch andere Weltanschauungen zu tolerieren. Wenngleich auch diese Forderung nicht durchkam, so ist dennoch die Tatsache der offenen Diskussion dieses Themas im polnischen Parlament von Bedeutung. Die "Trybuna Ludu" brachte sogar einen Parlamentsbericht, in dem sie die Meinung der oppositionellen Abgeordneten - wenn auch mit heftiger Kritik - wiedergab. Hier der Wortlaut dieses Berichtes:

"Es begann mit der Rede des katholischen Abgeordneten LUBIENSKI, der einige Ansichten äußerte, mit denen die Kammer sich nicht einverstanden erklären wollte. Der Abgeordnete LUBIENSKI schuf ein angeblich bestehendes wichtiges Problem - Kirche und Staat - berief sich auf die verfassungsmäßigen Rechte auf Toleranz und trat auf dieser Grundlage für eine 'Vielweltanschauung' des ZNP ein...mit einem Wort: Er malte ein Bild, aus dem hervorgehen müßte, daß den Gläubigen im Lande Unrecht geschieht...Zum Abschluß seiner Rede... sagte er, niemand sei Schuld daran, daß er nicht als Arbeiter oder Bauer geboren wurde und daß nicht alle Marxisten der Arbeiterklasse entstammen. In dieser letzten Angelegenheit kann man sich mit dem Abgeordneten LUBIENSKI einverstanden erklären, und wir geben ihm umso lieber Recht, als wir mit ihm in anderen, wichtigeren Dingen nicht einer Meinung sein können.

Lassen wir erst einige Abgeordnete zu Wort kommen...

So sagte der Abgeordnete KLECHA:

'Wenn man schon von Intoleranz redet, so muß man hinzufügen, wer die Einheit des polnischen Volkes nicht toleriert und wer versucht, sie zu zerschlagen. Außer der großen Schar der Katholiken, außer der großen Anzahl fortschrittlicher, patriotischer Geistlicher, gibt es einen Teil reaktionärer Pfarrer und gibt es einige Bischöfe, welche diese Einheit zerschlagen und Glaubenslose nicht rieren...We haben wir denn schon gehört, daß man den Menschen von der Kanzel herab gesagt hätte: Es ist erlaubt zu glauben und es ist erlaubt, nicht zu glauben - achtet einander in gläubigen und glaubenslosen Familien, denn das hat das Volk nötig.'

Die Abgeordnete JAORSKA meinte:

'Die Jugend hat die absolute Freiheit, dem ZNP beizutreten oder nicht. Wenn sie beitrifft, so kennt sie das Programm der Organisation, und in der Organisation selbst herrscht eine Atmosphäre der Achtung für die Jugend verschiedener Überzeugung. Die einzige der Erziehung im Geiste der marxistischen Weltanschauung war und bleibt die Methode der Überzeugung...'

Fügen wir von uns aus einige Worte hinzu:

Der Abgeordnete LUBIENSKI hat kaum recht mit der Feststellung, daß in Polen den Katholiken oder den Bekennern anderer Konfessionen weltanschauungsmäßig Unrecht geschieht. Reden wir hier nicht von bekannten Dingen...die der katholische Abgeordnete besser kennt, als wir. Aber zu einer anderen Angelegenheit einige Worte.

Die fideistische Weltanschauung wird in Polen ständig von allen Kanzeln herab verbreitet, und nicht nur von den Kanzeln allein und nicht nur die fideistische, sondern häufig eine bewußt politische Weltanschauung mit einer bestimmten Richtung. Dagegen gibt es eine atheistische Propaganda in Polen fast garnicht...

Eine andere Angelegenheit: Der Abgeordnete LUBIENSKI sprach davon, daß 'dort, wo sich religiöse mit politischen Dingen berühren, besonders komplizierte Probleme entstehen'. Aber wir wollen doch nichts anderes und wir arbeiten in der Richtung, daß sich die Kirche mit der Religion, und die Politiker mit der Politik befassen sollen. Worauf zielt also die Rede des Abgeordneten LUBIENSKI ab? Etwa nicht auf eine Tangierung von Religion und Politik? Was ist folglich ihr Sinn? Und in wessen Interesse liegt diese 'Komplizierung'?

Wir haben in Polen jetzt wichtigere Angelegenheiten, als das imaginäre Aufblasen von Scheinproblemen. Schließlich hat doch der Abgeordnete LUBIENSKI zu Recht von der besonderen Rolle gesprochen, die Polen in der internationalen Politik spielen kann, viele seiner Kollegen sprach auch über die großen Aufgaben beim Aufbau des Sozialismus in unserem Lande, wo man nicht danach fragt, wer glaubt und wer nicht glaubt...

In einem solchen Augenblick ist es wirklich nicht gut, die Aufmerksamkeit der Gesellschaft auf einen Nebenweg zu lenken."

6. Gesundheitswesen und Krankenversicherung

Wie "Trybuna Ludu" vom 7. April feststellt, gibt es in Polen 17,5 Mill. Krankenversicherte (auf 27 Mill. Gesamtbevölkerung). Täglich beanspruchen 300.000 Patienten die unentgeltliche ärztliche Hilfe. Die durchschnittliche Lebensdauer betrug vor dem Kriege etwa 50 Jahre, jetzt 62 Jahre. Die pharmazeutische Industrie deckt jetzt 85 % des Landesbedarfes an Medikamenten (vor dem Kriege 15 %). Die Versorgung mit Medikamenten war trotzdem vor dem Kriege besser, weil alles, was fehlte, importiert wurde, während jetzt infolge des fehlenden Imports viele wichtige Medikamente überhaupt nicht erhältlich sind.

7. Frauenarbeit

"Trybuna Ludu" vom 9. April beschäftigt sich mit dem schwierigen und nicht immer gelösten Problem der Frauenarbeit. Es ist bis jetzt noch nicht gelungen, alle arbeitssuchenden Frauen zu beschäftigen, weil sie im Gegensatz zu den Männern, 1. meistens ungelernt sind,

2. ortsgebunden sind und

3. werden sie von den Fabrikdirektionen

nicht immer gern beschäftigt (sie dürfen keine Überstunden machen, keine Nachtarbeit leisten, haben Anspruch auf Schwangerschaftsurlaub usw., sind also wesentlich "unbequemer" als die männlichen Arbeiter).

8. Das Problem der ehemaligen Teilnehmer der Widerstandsbewegung

Die Soldaten und Offiziere der ehemaligen sogenannten "Heimarmee", die während des Krieges gegen die deutschen Okkupanten als Partisanen kämpften und von der Londoner Exilregierung befehligt wurden (daher der Name "Heimarmee" im Gegensatz zu der auf den britischen Inseln stationierten polnischen Armee), wurden nach dem Einrücken der sowjetischen "Befreier" oft in sowjetische Lager verschleppt, in polnische Gefängnisse gesteckt oder mußten wieder in der Illegalität Zuflucht nehmen. Sie wurden in den ersten Nachkriegsjahren mehrere Male amnestiert, und die meisten von ihnen ersehnten sich nach vielen, entsagungsreichen Kriegsjahren nichts weiter, als in Ruhe gelassen zu werden. Sie waren bereit, als loyale Bürger ihre Arbeit zu verrichten und sich keineswegs politisch gegen das kommunistische Regime zu betätigen.

Obwohl man ihnen zwar theoretisch diese Möglichkeit gegeben hat, wurden sie jedoch in der Praxis den übelsten Schikanen seitens der Personalchefs in allen Betrieben ausgesetzt. Für sie gab es nur schlecht bezahlte Arbeit, viele Fachleute unter ihnen mußten Arbeit als Landarbeiter suchen, weil man sie von einer Arbeitsstelle zur anderen jagte. Sie haben alle Grade der Demütigung und Verbitterung ausgekostet, und diese Marter dauerte elf Jahre. Jetzt hat man eine Aktion in Rundfunk und Presse begonnen, um sie zu wirklich gleichberechtigten Bürgern des Staates zu machen. Die Zeitungen bringen jetzt Zuschriften ehemaliger Widerstandskämpfer, die ihren ganzen Leidensweg beschreiben. Auch von offizieller Seite ist versprochen worden, sich dieser Sache anzunehmen, und das geschehene Unrecht wieder gutzumachen.

B. Beziehungen zum Ausland

=====

1. Besuch französischer Senatoren in Polen

Eine Gruppe französischer Senatoren (bestehend aus Vertretern aller politischen Richtungen) weilte im April 1956 zu einem Besuch in Polen. Am 14. April haben sie gemeinsam folgende Erklärung abgegeben:

"Wir möchten hiermit unsere volle Solidarität mit dem polnischen Volke hinsichtlich seines einmütigen und unerschütterlichen Willens unterstreichen, daß die Wahrung der Grenzen Polens gesichert wird, denn wir konnten uns an Ort und Stelle davon überzeugen, welche Erfolge Polen im Wiederaufbau und im wirtschaftlichen sowie sozialen Ausbau seiner Westgebiete erzielt hat.

Polen und Frankreich, die beide nur allzuoft zu Opfern derselben Kriege geworden sind, die von demselben Militarismus entriesselt waren, müssen...eng miteinander zusammenarbeiten..."

Der Vorsitzende der französischen Delegation, Jacques DEBU-BREDEL (Sozialrepublikaner, ehem. Gaullist):

"Wenn diese Grenze (Oder-Neiße) anders als im Jahre 1939 aussieht, so sollten diejenigen, die den Krieg begonnen haben, sich selbst als dafür verantwortlich bezeichnen."

2. Polens Ministerpräsident zur deutschen Frage

Jozef CYRANKIEWICZ in seinem Exposé vor dem Parlament:

"Als unmittelbare Nachbarn Deutschlands und Opfer jedes Paroxysmus der germanischen Angriffswut verstehen wir allzugut die Rolle des deutschen Problems. Wir werden alles mögliche daran setzen, um durch die Bildung eines europäischen Systems der kollektiven Sicherheit und Abrüstung die Wiedergeburt des deutschen Militarismus zu verhindern. Wir begrüßen alle diesbezüglichen Anstrengungen der DDR mit Sympathie."

Im Zusammenhang mit der Deutschlandfrage wurde erneut starke Propaganda für die Aufrechterhaltung und Sicherung der Oder-Neiße-Grenze getrieben. Dabei wurde unterstrichen, daß die Konzeption dieser Grenze in der Sowjetunion entstanden und deshalb verbunden sei mit der polnischen Revolution. Dazu erklärte Radio Warschau am 27. 4. 1956:

"Seit der Entstehung des modernen deutschen Staates, der sich auf die Ideologie des preußischen Militarismus und den traditionellen 'Drang nach dem Osten' stützt, war es klar, daß Polen als unabhängiger Staat nur dann bestehen kann, wenn es sich auf seinen östlichen Nachbarn stützt. Solange das Zarenreich dieser Nachbar war, bestand zwischen diesem Befehl der polnischen Staatsraison und der politischen Wirklichkeit ein unlösbarer Widerspruch. In dem Augenblick, wo die revolutionäre Sowjetrepublik zum Nachbarn wurde, verschwand auch der Widerspruch... Der 2. Weltkrieg bewies die Richtigkeit dieser politischen Konzeption, welche das Schicksal Polens mit dem Lager des Fortschritts und der Revolution verband... Ihr verdanken wir die Befreiung von der Knechtschaft des Hitlerismus, ihr verdanken wir die Grenzen an Oder- Neiße und der Ostsee, von denen die Verfechter anderer politischen Konzeptionen nicht einmal zu träumen wagten.

Freilich fehlt es innerhalb der Emigration nicht an Politikern, welche die Westgebiete befürworten, aber weder in der Konzeption von Dmowski und noch viel weniger in der Konzeption von Pilsudski gab es Platz für ein Polen, das bis an die Oder und Neiße reicht. Diese Konzeption entstand im Lager des polnischen Fortschritts, unter polnischen Patrioten in der UdSSR, und ihre Realisierung war nur möglich mit Unterstützung und Freundschaft der UdSSR...

Das Bündnis und die Freundschaft Polens mit der UdSSR ruht somit auf einem doppelten Fundament: Auf der polnischen Staatsraison und der ideellen Einheit der polnischen und russischen Revolution. Es ist wahr, daß die polnische Bevölkerung diesen Sinn nicht sofort und - je nach Zugehörigkeit zu Schichten und Gruppierungen - in verschiedener Weise begriffen hat. Man könnte sagen, daß mancher Pole sich diesen Sinn eher vom Verstand her zu eigen gemacht hat, als gefühlsmäßig. Die letzten Ereignisse... die Zerstörung des Stalin-Kultes und die Liquidierung seiner Folgen werden behilflich sein, die Reste des emotionalen Widerstandes zu beseitigen, der vor dem Hintergrund der Entartungen des stalinistischen Systems aus gut verständlichem Grunde entstanden ist."

3. Der Außenhandel Polens

Laut "Trybuna Ludu" vom 20. April sieht die Struktur des polnischen Außenhandels folgendermaßen aus (in %):

Import

=====

	<u>1955</u>	<u>1956 (Plan)</u>
Maschinen, industrielle Einrichtungen, rollendes Material	30,9	27,9
Rohstoffe für Industrie und Landwirt- schaft	51,7	54,5
Landwirtschaftliche Artikel	13,1	13,7
Industrielle Konsumgüter	4,3	3,9

Export

=====

Maschinen, industrielle Einrichtungen rollendes Material	13,1	13,8
Rohstoffe (einschl. Kohle und Koks)	64,6	63,1
Landwirtschaftliche Erzeugnisse	15,3	14,8
Industrielle Konsumgüter	7,2	8,3

Dieselbe Zeitung, "Zycie Warszawy" bringt am 17. April eine andere Tabel-
le über den polnischen Außenhandel mit einzelnen Ländern, auch in %):

IMPORT

	<u>1955</u>	<u>1956 (Plan)</u>
<u>Europa</u>	87,5	86,6
UdSSR	37,3	33,7
DDR	15,1	13,1
Tschechoslowakei	8,9	8,5
England	4,4	4,5
Ungarn	3,2	3,3
Österreich	2,1	1,9
Bundesrepublik Deutschland	2,0	2,5
 <u>Asien</u>	 5,4	 6,7
davon: Volkschina	3,3	3,8
<u>Afrika</u>	0,7	1,1
<u>Nordamerika</u>	02,	0,2
<u>Südamerika</u>	3,0	5,0
davon Argentinien	2,4	3,1
Australien	3,1	3,0

EXPORT

	<u>1955</u>	<u>1956 (Plan)</u>
<u>Europa</u>	87,2	84,9
UdSSR	37,9	30,5
DDR	13,0	13,6
Tschechoslowakei	8,9	8,2
England	6,2	8,5
Finnland	3,0	3,6
Ungarn	2,8	2,9
Österreich	2,3	3,1
Frankreich	2,3	1,4
Bundesrepublik Deutschland	1,7	3,2
<u>Asien</u>	6,9	7,2
Volks china	4,3	3,8
<u>Afrika</u>	0,7	0,6
<u>Nordamerika</u>	2,1	2,5
<u>Südamerika</u>	2,5	3,5
<u>Argentinien</u> (davon:)	1,9	2,4

Wie man aus dieser Tabelle erschen kann, fällt der Außenhandel Polens mit außereuropäischen Ländern, obwohl eine leicht steigende Tendenz unverkennbar ist, noch nicht so schwer ins Gewicht.

Der polnische Außenhandelsminister DABROWSKI stellte bei einer Sitzung der Wirtschaftskommission der UN in Genf fest, daß Polen in den nächsten fünf Jahren die Höhe der Umsätze im Außenhandel mit 10 bis 12 Mld. Dollar eingeplant habe.

"Welchen Anteil die westeuropäischen Länder daran haben werden, wird von ihnen selbst abhängen."

(Lt. "Trybuna Ludu" 11. 4.)

4. Polens Außenhandel mit der Sowjetunion

"Trybuna Ludu" vom 21. April bringt zum ersten Mal genaue Zahlen über die Höhe des Warenaustausches zwischen Polen und der Sowjetunion.

Wahrscheinlich war der Zweck dieser Veröffentlichung, den Gerüchten entgegenzutreten, daß die UdSSR Polen wirtschaftlich ausbeute und z. B. den Hauptanteil der polnischen Kohle für sich in Anspruch nehme, dafür aber Preise zahle, die weit unter den Marktpreisen liegen, und später die gleiche Kohle gegen Dollar ins Ausland ausführe. Es gibt natürlich keine Möglichkeit, festzustellen, ob die Zahlen dieser Tabelle überhaupt stimmen:

Alle Angaben gelten für das Jahr 1955:

IMPORT

	Maßeinheit	Import insges.	Import SU	sowjetischer Anteil in %
Getreide	in 1000 t	1.154,0	400,0	34,66
Fette	"	4,6	4,6	100,00
Baumwolle	"	95,2	70,3	73,84
Erdöl	"	545,0	408,0	74,28
Erdölprodukte	"	885,7	239,4	27,05
(davon: Benzin)	"	420,0	94,0	22,38
Eisenerz	"	4.407,0	3.000,0	68,07
Zinkkonzentrate	"	80,1	35,8	44,69
Maschinen und Einrich- tungen	in Mill. Rubel	1.152,0	486,0	42,19
Transportmittel (ohne Traktoren)	"	217,0	75,0	34,56
Autoreifen	"	47,0	19,0	40,43

EXPORT

Kohle	in 1000 t	24.300,0	3.200,0	33,74
Koks	"	2.200,0	434,0	19,73
Walzerzeugnisse	"	247,0	52,0	21,05
Zink und Zinkblech	"	92,0	55,0	59,78
kaustischer und kalzi- nierter Soda	"	51,8	36,8	71,04
Zement	"	674,0	69,0	10,24
Zucker	"	372,3	215,0	57,75
Baumwollstoffe	in Mill. m	57,5	5,0	8,69
Wollstoffe	"	5,8	4,2	75,59
rollendes Eisenbahn- material	in Mill. Rubel	182,0	174,0	95,6
Schiffe	"	148,0	125,0	84,46
Maschinen und Einrich- tungen	"	480,0	304,0	63,33